

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich (rdb)

## Sie haben es nicht gewollt...

Im Juli 1914 wurde der pensionierte, immerhin schon 66jährige General von Hindenburg in seinem Altersstüb in Hannover von der Zeitungsnachricht überrascht, daß der Erzfeind an Deutschlands Grenzen stehe, daß man uns den Platz an der Sonne nicht gönne, und daß Wilhelm nach einer Konferenz mit dem alten preussischen Gott, der schon mit dem reichlich gottlosen alten Fritz und mit Blücher gegen die Feinde Hohenzollerns marschiert war, das Schwert gezogen hatte. Wie sich das für einen körperlich noch rüstigen alten Herrn ziemt, bot Hindenburg dem obersten Kriegsherrn seine bescheidenen Dienste für den Feldzug an; da man wohl Frontsoldaten nicht aber Generale nötig brauchte, geschah zunächst nichts. Geduldig und die Kriegereignisse aus der Ferne verfolgend, wartete Hindenburg, ob man ihn vielleicht doch noch irgendwo als Etappenkommandanten würde brauchen können. Inzwischen ereignete sich zwischen Masas und Memel mancherlei; so zum Beispiel die von den deutschen amtslichen Stellen totgeschwiegene Schlacht bei Tannenberg, in der die Armee des Generals von Prittwitz geschlagen und zur Räumung Ostpreußens gezwungen wurde, die Absetzung befehligen Generals, der Aufmarsch der Ostarmee in einer Stellung hinter den masurenischen Seen und ihre Bereitstellung zu einer neuen Schlacht. In Wilhelm's Hauptquartier in Lauenburg wählte man einen Kommandanten für die Ostarmee. Man verfiel auf den Generalmajor Ludendorff, der vor dem Kriege die Operationsabteilung des großen Generalsstabes geleitet hatte. Aber da Ludendorff zu jung war, mußte man einen älteren Herrn, einen verträglichen Scheinkommandanten zur Seite stellen. Auf der Reise nach dem Osten, in Ems erfuhr Ludendorff, daß der in der Armee als überaus verträglich bekannte Hindenburg sein „Kommandant“ sein würde. Die beiden kamen nach Ostpreußen, änderten nichts an den getroffenen Dispositionen, die Schlacht verlief proarammäßig und binnen wenigen Tagen war Hindenburg, wirklich ganz unschuldig, der berühmteste deutsche General geworden.

Aus kleinen Artümern entstehen große. Das deutsche Volk, dem man im Sommer 1915 das Märchen von Hindenburg, dem Befreier Ostpreußens, dem großen Masurenkennner und Schlachtenlenker, erzählt hatte, war von dem Märchen noch im Frühjahr 1925 so benebelt, daß es den inzwischen reichlich alt und ehrwürdig gewordenen Feldmarschall zum Präsidenten der Republik wählte. Und nun hat des heiligen deutschen Reiches Großpapa auf dem Schlachtfeld von Tannenberg, über den vermoderten Gebeinen der 10.000 deutschen Jungs, die diesen Sieg mit ihrem Leben bezahlten, eine Rede gehalten, in der er aller Welt versicherte, daß Deutschland am Kriege unschuldig, und daß sie seinerzeit reinen Herzens zur Verteidigung des Vaterlandes ausgesprochen seien. Das hat im Jahre 1914 nicht nur Hindenburg geglaubt. Millionen sind reinen Herzens hinausgezogen in den Dreck der Schützengräben. Millionen haben geglaubt, Wilhelm sei schände überfallen worden und sie müßten leicht die deutsche Heimat vor Rasken und Zwaven schützen. Und es ist durchaus wahrscheinlich, daß Hindenburg, der ja keine Blücher liebt, es heute noch glaubt. Nur genügt, um über eine Sache zu reden, als Reichspräsident zu reden, nicht der gute Glaube, sondern es gehört dazu eigentlich auch ein gründliches Wissen um den Zusammenhang der Dinge.

Am selben Tage, da Hindenburg auf dem Schlachtfeld von Tannenberg Deutschlands, das heißt natürlich des kaiserlichen, wilhelminischen Deutschland, Unschuld am Kriege beteuerte, sprach auf dem Schlachtfeld von Verdun, auf dem eine Million Menschen starben, General Pétain und versicherte, daß die Blüte der französischen Jugend, die hier verscharrt liegt, für die Verteidigung der französischen Erde gefallen sei. Und Poincaré, dem man nicht einmal den guten Glauben und das reine Herz Hindenburgs zubilligen kann, sprach am selben Sonntag zu den ameri-

kanischen Gästen in Paris über den Kampf für die Freiheit und Gerechtigkeit, den Frankreich und Amerika geführt haben.

Die Tragikomik dieser Widersprüche liegt nun gar nicht so sehr darin, daß auf beiden Seiten heilige Erde geleistet werden, daß der andere schuld sei, sondern in den Personen, die mit Vorliebe das Kapitel Kriegsschuld im blutigen Buche der Geschichte aufschlagen. Es sind meist die Generale, Diplomaten und chauvinistische Politiker. Zeit ihres Lebens predigen sie die alte Lüge „Wenn Du den Frieden willst, rüste zum Kriege!“, hegen sie die Völker gegeneinander, reden sie vom „faulen Frieden“ und vom „Stahlbad des Krieges“, erwecken sie kriegerische Tugenden im Volke, beschimpfen und verdächtigen die Friedensfreunde, spinnen Intrigen und warten auf den nächsten Krieg wie der Teufel auf eine arme Seele. Aber nach geschener Tat benützen sie jede festliche Gelegenheit, um ihre Unschuld zu beteuern und den andern für das Unglück verantwortlich zu machen. Selbst die Sieger rühmen sich nicht der Anzeilung des Verbrechens, sondern wollen ganz unschuldig zu ihren Eroberungen gekommen sein. So mächtig ist auch in denen, die sich sonst zum Kriege bekennen, das böse Gewissen, daß sie die Erfüllung ihrer blutigen Wünsche mit der Betörung begreifen: „Ach habe es nicht gewollt!“ Das hat ja auch die Staatsmänner der Entente veranlaßt, in den Friedensverträgen die Klause von der Urheberschaft Deutschlands am Kriege (nicht von der Kriegsschuld Deutschlands!) anzunehmen. Aus den Amerikanern und dem andern Unrecht, das man Deutschland zufügte, wird so eine „Bestrafung“ des Friedensstörers. Und da ein unerträgliches Schicksal sich nicht damit begnügte, daß der Führer im Lager der Sieger ein Puritaner war, dem das Humanitätskommandamentum angeboren war, sondern ihn auch noch einen Parahitler sein ließ, wurden diese famosen Pariser Verträge geboren, in denen nicht vielleicht Frankreich traut der Macht seines Schwertes Europa an seine Bojallen verteilt, sondern als der Vollzieher einer gerechten Strafe an dem Friedensstörer Deutschland erscheint. Und diese Motivierung des Unrechts durch die „Kriegsschuldfrage“ erzeugt in Deutschland begreiflicherweise den Wunsch, diese „Lüge“ zu zerstören, weil dann auch die rechtliche Begründung für die Drangsalierung Deutschlands wegfiele.

Der Weg, den Deutschland, den das rechtsstehende Deutschland eingeschlagen hat, ist aber falsch. Er führt nur zu neuen Hofausbrüchen, zu neuen Lügen, zu neuer Feindschaft. So falsch es ist, daß Deutschland die Alleinschuld am Kriege trägt, so sehr muß es in den Ententeländern verbittern, wenn der deutschnationale Reichspräsident, in gutem Glauben, aber ein unwissendes Werkzeug seiner Parteigenossen, vom „reinen Herzen“ spricht, das er nicht nur für sich, sondern auch für Wilhelm in Anspruch nimmt, der eben doch die ersten Kriegserklärungen ausgesprochen hat, die die Neutralität Belgiens gebrochen hat. Die Erörterung der Kriegsschuldfrage ist nicht der Weg zur Revision von Versailles, und vor allem, Hindenburg ist ebenso wenig wie Poincaré der Mann, die Frage nach der Kriegsschuld zu beantworten.

Dieses Problem haben nicht die Generale, sondern die Historiker zu lösen. Die Militaristen werden immer ihre Unschuld beteuern. Conrad, der ehrlicher als Ludendorff, intelligenter als Hindenburg war, hat offen zugegeben, daß er den Vorbereitungsrieg wollte. Der „Vorbereitungsrieg“ sei eben für Österreich der einzige mögliche „Verteidigungsrieg“ gewesen. So sprechen sie alle. Sie sind doch einzig dazu da, um einmal Krieg zu führen, es ist ihr trauriger Beruf — aber wenn das Unglück geschehen ist, dann haben sie es „nicht gewollt“. Fragt unsere Herren Suesbarel und Kulacka und Bih und Shrovy, ob sie einen Krieg wollen! Beisäße nicht, sie sind doch Pazifisten! Und auf die Frage, wozu sie dann hier seien, Milliarden für Rüstungen verlangen,

kriegerische Manöver veranstalten, werden sie das Lied vom bösen Nachbarn singen, gegen den man rüsten müsse.

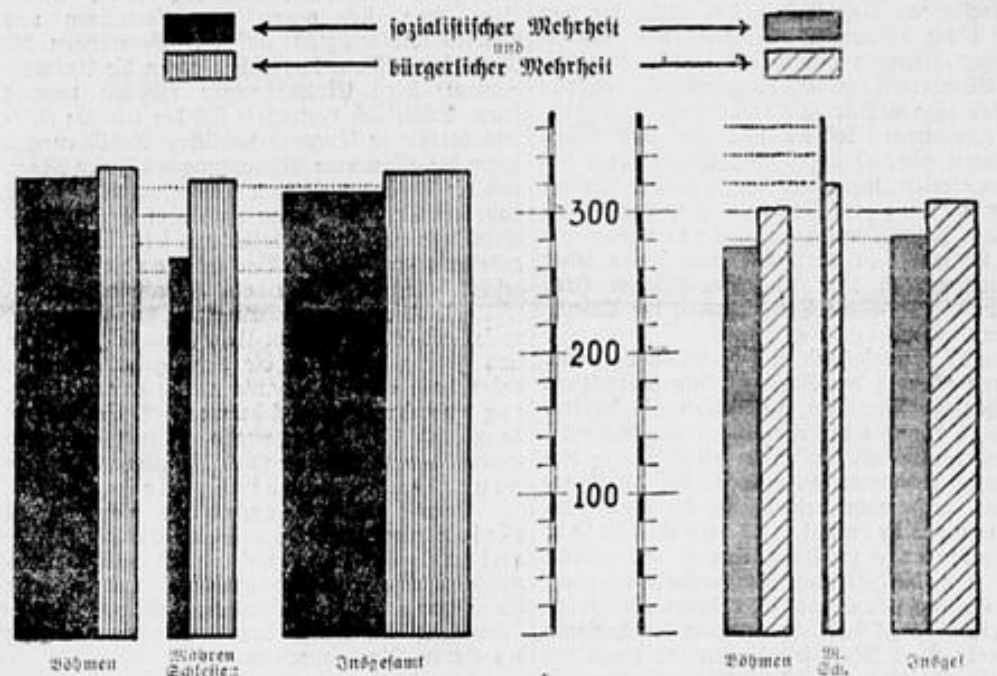
Beizeiten, bevor die Gewehre losgehen, den Militaristen das Handwerk legen, abrüsten und ehrlich für den

Frieden wirken, ist besser, als nach geschehener Katastrophe die Leute, die immer noch mit der Fäustschnur in der Hand herumlaufen, nach den Schuldigen fragen und von den eben noch Sabeltrasselnden die Versicherung entgegennehmen, sie hätten es nicht gewollt! C. F.

## Die „rote Gemeindefirtschaft“.

Der durchschnittliche Prozentsatz der Gemeindeumlagen in Böhmen, Mähren und Schlessen beträgt in den Bezirken mit sozialistischer Mehrheit 305 Prozent, in den Bezirken mit bürgerlicher Mehrheit 320 Prozent. — Die Gemeindeumlagen sind daher in den Bezirken mit sozialistischer Mehrheit um 15 Prozent niedriger.

Durchschnittsprozent der Gemeindeumlagen einschließlich der Schulumlagen im Landesdurchschnitt der tschechischen Bezirke und deutschen Bezirke mit



Durchschnittsprozent der Gemeindeumlagen einschließlich der Schulumlagen aller deutschen und tschechischen Bezirke in Böhmen, Mähren und Schlessen mit



Die bürgerlichen Parteien behaupten, daß man bei den nächsten Gemeindevahlen der roten Gemeindefirtschaft ein Ende machen müsse, weil angeblich die Sozialdemokraten mit den Mitteln der Gemeinden wenig sparsam umgehen und die Steuerzahler deshalb hohe Umlagen zahlen müssen. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, lehrt eine Zusammenstellung des „Pravo Lidu“, die auf Grund der Berechnungen des statistischen Staatsamtes aufgestellt wurde. Danach betragen im Jahre 1922 in Böhmen, Mähren und Schlessen die Gemeindeumlagen einschließlich der Schulumlagen

in den tschechischen Bezirken  
mit sozialistischer Mehrheit . . . 315 Prozent  
mit bürgerlicher Mehrheit . . . 329 Prozent

in den deutschen Bezirken  
mit sozialistischer Mehrheit . . . 280 Prozent  
mit bürgerlicher Mehrheit . . . 306 Prozent

Ohne Rücksicht auf die Nationalität haben also in den historischen Ländern in den Bezirken mit sozialistischer Mehrheit die Gemeindeumlagen durchschnittlich 305 Prozent betragen, in den Bezirken mit bürgerlicher Mehrheit 320 Prozent, so daß also die Gemeindeumlagen in den sozialistischen Bezirken um 15 Prozent im Durchschnitt geringer sind als in den bürgerlichen Bezirken. Die Behauptungen der Bürgerlichen von der schlechten roten Gemeindefirtschaft sind also nichts anderes als mit den Tatsachen in schreiendem Widerspruch stehende Demagogie.



# Die Nationalsozialisten als Feinde der öffentlichen Angestellten.

Bekanntlich tun die Nationalsozialisten so, als ob sie die besten Freunde der Angestellten wären, und keiner Bevölkerungsgruppe werden von den Nationalsozialisten so große Versprechungen gemacht, wie gerade den Angestellten. Am nachfolgenden soll an einem konkreten Beispiel gezeigt werden, wie es mit der Angestelltenfreundlichkeit der Nationalsozialisten bestellt ist. Es handelt sich um die

## Geschichte der Gehaltsregulierung der städtischen Angestellten in Oberleutensdorf.

welche beweist, daß gerade in den Reihen der Nationalsozialistischen die rücksichtlosesten Feinde der öffentlichen Angestellten zu finden sind.

Bekanntlich wurden die Gehälter der Staatsangestellten durch das Gesetz vom 24. Juni 1926, S. 103, neu reguliert. Dieses Gesetz findet, da heute fast alle größeren und mittleren Städte ihre Angestellten nach dem Staatsschema besolden, auch auf die meisten städtischen Angestellten Anwendung. In Oberleutensdorf aber ist diese Umrechnung in das neue Schema heute — im September 1927! — noch nicht durchgeführt, obgleich das Gesetz schon am 1. Jänner 1926 in Kraft getreten ist. Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß die Ursache dieser Verzögerung lediglich in dem Verhalten des Führers der Oberleutensdorfer Nationalsozialisten, des Herrn Stadtrates Josef Moos zu suchen ist, welcher durch immer neue Verschleppungsmanöver die Beschlußfassung der Stadtgemeinde über diese Angelegenheit zu vereiteln suchte. Schon von vielen Monaten wurde den städtischen Verwaltungsräten ein Umrechnungsentwurf vorgelegt. Herr Moos erklärte aber, daß die Umrechnung sich auch auf andere Weise vollziehen lasse, indem man andere Stichtage annehme, und bemerkte, er werde selbst diesbezügliche Entwürfe ausarbeiten. Da aber Monate vergingen und die von Herrn Moos angekündigten Entwürfe ausblieben, so machte sich schließlich der Stadtdirektor an diese Arbeit, das heißt, die von Herrn Moos verlangten Entwürfe mit anderen Stichtagen wurden auf Grund seiner Angaben vom Bürgermeisteramt ausgearbeitet, obwohl diese Stichtage willkürlich gewählt sind. Diese ganzen Berechnungen kosteten viel Zeit und Mühe und waren gänzlich überflüssig, aber es war damit das erreicht, was Herr Moos wollte, nämlich Verwirrung zu schaffen. Jetzt hatte nämlich jeder Stadtdirektor statt eines Entwurfes fünf Entwürfe in der Hand, von denen jeder sehr umfangreich war und dies gedachte Herr Moos auszunützen, die Verschleppung ins Unendliche fortzusetzen.

Am 17. August fand in Oberleutensdorf eine Beratung aller in der Stadtgemeinde vertretenen politischen Parteien statt, an welcher als Vertreter des „Verbandes der öffentlichen Angestellten“, Reichenberg, Genosse Dr. Hahn teilnahm. In dieser Sitzung behauptete Herr Moos, daß die Angelegenheit noch nicht reif sei, da die Gemeindevorsteher noch keine Zeit gehabt hätten, die Entwürfe zu studieren. Er erklärte ferner, daß die Sitzung der Rechtskommission, welche für den Abend desjenigen Tages einberufen war, keinen Zweck habe, da sie nicht beschlußfähig sein werde. Herr Moos selber trug allerdings zur Beschlußunfähigkeit nach Möglichkeit bei, indem er ohne jedem Grunde der Sitzung fernblieb. Die Sitzung war aber trotzdem beschlußfähig und es wurde über Vorschlag des Vertreters des Verbandes der öffentlichen Angestellten die Variante

Nr. 5 als Beratungsgrundlage gewählt. Unter dem Vorsitz eines Juristen, des Deutschdemokraten Herrn Dr. Kohn, wurde dieser Entwurf Post für Post genau durchgegangen und überprüft und schließlich der Beschluß gefaßt, denselben der Stadtvertretung zur Annahme zu empfehlen.

Das Wort der Rechtskommission war aber für Herrn Moos durchaus nicht maßgebend. In der Sitzung der Stadtvertretung vom 2. September 1927 begann er aufs neue seine Verschleppungsmanöver. Ohne jede konkrete Begründung behauptete er, daß sämtliche Entwürfe ungeschicklich seien. Er könne daher nicht dafür stimmen, wobei er sogar den Ausdruck gebrauchte, daß ihm bei Vorlage der Antragsvariante „die Grausbirn aufsteigen“. Er verwahrte sich dagegen, daß städtische Beamte die politischen Parteien kritisieren. Das könne und dürfe in der Gemeinde nicht vorkommen, denn die Parteien seien die Herren, welche beschließen. Eine Kritik von Seiten der Gemeindebeamten lasse sich die Parteien nicht gefallen.

## Das Angestelltenprogramm dieses Nationalsozialisten lautet also kurz: Maul halten und weiterdienen!

Herr Richter (Deutschnational) behauptete ebenfalls, daß seine Variante dem Gesetze entspreche, ohne zur Begründung dieser Behauptung irgend etwas anzuführen. Genosse Böhm erwiderte die bürgerlichen Parteien, sich endlich zu erklären, was sie eigentlich unternehmen wollen. Genosse Fentisch führte an, daß aus der Art, wie die bürgerlichen Parteien zur Frage der Umrechnung des städtischen Personals Stellung nehmen, zu ersehen sei, daß gegen die Gemeindevorsteher und Angestellten Geschäftsleute vorberührt. Er fügt hinzu, daß jedes Mitglied der Gemeindevorsteher sämtliche Entwürfe, in die Hand bekommen hat und somit in der Lage war, sich genau zu informieren und verwies diesbezüglich auf die Beratungen der Rechtskommission, in welchen gegen die Antragsvariante keine Einwendungen erhoben worden seien. Schließlich verwahrte sich der leitende Konzeptsbeamte in längerem sachlichen Ausführungen gegen die allgemeine Behauptung des Herrn Moos, daß die Ansätze nicht dem Gesetze entsprechen. Er habe die Entwürfe genau nach dem Beschluß des Gemeinderates ausgearbeitet und sei bei der Ausarbeitung der einzelnen Varianten an die ihm vorgeschriebenen Stichtage als Berechnungsgrundlage gebunden gewesen. Herr Moos behauptet nun, er sei erst Dienstag vom Urlaub zurückgekommen und Freitag habe schon die Sitzung stattgefunden, daher habe er die Variante nicht mehr richtig durchrechnen können. (Wieso weiß er dann, daß die Berechnungen ungeschicklich sind?) Hierauf beantragte Herr Moos, sämtliche Entwürfe neuerlich überprüfen zu lassen.

Genosse Böhm verwahrte sich gegen diesen neuerlichen Verschleppungsantrag. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Stadtdirektoren verließen zum Proteste die Sitzung. Von den zurückgebliebenen bürgerlichen Parteien wurde der Verschleppungsantrag des Herrn Moos angenommen.

Herr Moos hat also vorläufig sein Ziel wieder einmal erreicht. Die nationalsozialistische Partei möge aber versichert sein, daß die öffentlichen Angestellten dieses Verhalten des Nationalsozialisten Moos nicht vergessen werden. Als

im Parlamente das Besoldungsgesetz zur Beratung stand, war es den Herren Nationalsozialisten viel zu schlecht und bei jeder Beratung irgendeines Staatsangestelltengesetzes im Parlamente, fanden die Nationalsozialisten, daß die Bezüge der Staats- und öffentlichen Angestellten viel zu gering seien und stellten großartige Verbesserungsanträge, weil sie ganz gut wußten, daß diese Anträge von den tschechischen Parteien ohnehin abgelehnt werden. Solche Demagogie kostet ja nichts!

In den Gemeindestuben aber, wo sie die Möglichkeit hätten, für die Verbesserung der Bezüge der Angestellten wirklich etwas zu tun, zeigen die Herren Nationalsozialisten ihr wahres Gesicht. Da zeigt es sich, daß sie den Gemeindevorstellern nicht einmal die bescheidenen Bezüge gönnen, welche der Staat seinen Angestellten gewährt.

Der Fall Moos ist ein typisches Beispiel. Wenn aber der Tag der Gemeindevorwahlen kommen wird, dann mögen die Herren Nationalsozialisten versichert sein, daß ihnen die öffentlichen Angestellten das Verhalten des Herrn Moos in Oberleutensdorf und aller ähnlichen Moos in anderen Orten mit den Stimmzetteln heimzahlen werden.

## Inland.

### Verdienste des Aktivismus.

Alles muß herhalten, um den Vanerotti zu verschleiern.

Wie jämmerlich es um die Erfolge der aktivistischen Politik steht, erkennt man am besten aus den Vätern der Aktivisten selbst. Das kampfstarke Bemühen, irgendwo einen „Erfolg“ ausfindig zu machen, mit dem man Staat machen könnte, zeitigt die lächerlichsten Folgen. Es ist ein Streben nach einer Politik, die ihre tatsächlichen Errungenschaften verdecken muß, weil sie nur Errungenschaften einer kleinen Schicht festhalten und für die Masse der Wähler, die sie gern fördern möchte, nur andere, nicht vorhandene Erfolge sucht. Den Großbauern, deren Geldbeutel gespickt wurden, kann man ja leicht begreiflich machen, daß ihr Interesse bei den Aktivisten gut aufgehoben ist, die Pflaster und die Restgüterbesitzer werden auch keinen Moment zweifeln, wenn sie ihre Stimme zu geben haben, aber was erzählt man den Kleinbauern, Gewerbetreibenden, Beamten, Angestellten und den Arbeitern, die man bisher noch an sich zu fesseln verstand?

Da muß denn alles herhalten, was sich irgendwie drehen und biegen läßt, um wie ein Erfolg der Aktivisten aussehen zu können. Auf dem tschechodemokratischen Parteitag in Jglau hat der Reichsberger Handelskammersekretär Kojka eine Rede gehalten, in der er die Lage der tschechoslowakischen Industrie als verhältnismäßig günstig hinstellte. Es ist natürlich überhaupt nicht allzu wichtig, wie sich der Herr Kojka zu den wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt, und vor allem die breiten Massen werden sich lieber an andere Autoritäten als an den Vertrauensmann der nordböhmischen Industriellen halten. Aber interessant ist es, daß die „Landpost“ sich an die Feststellungen Kojkas klammert und sie deshalb als „bemerkenswert“ eine Spalte lang bespricht, weil sie angeblich ein Zeugnis für den Nutzen der agrarischen Zollpolitik sind. Die „Landpost“ zitiert einen Abgänger der Rede Kojkas, in dem er über die allgemein bessere Konjunktur spricht und feststellt, daß wir am „Ende eines tiefen Wellentales in der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Staates hoffentlich angelangt“ sind. Daß dies ein Erfolg der Aktivisten

sei, hat Kojka natürlich nicht gesagt. Aber auch aus seinem ganzen Referat ist nicht eine Stelle anzuführen, die eine Billigung der aktivistischen Wirtschaftspolitik bedeuten könnte, es finden sich im Gegenteil sehr scharfe Worte gegen die deutschen Regierungsparteien. Daß die Industrie wieder eine Konjunktur hat, ist natürlich nicht durch die Zölle herbeigeführt worden, sondern höchstens trotz der Zölle beigegeführt worden, durch Ursachen, die außerhalb des Bereiches unserer Regierungskünste liegen.

Es wäre ja auch eine sehr alberne Behauptung eines im wirtschaftlichen Leben stehenden Mannes, daß der Abgang der Industrieprodukte steigt, wenn die Massen der Bevölkerung jährlich weit über eine Milliarde Rehrgeinn für die Agrarier steuern müssen, die dieses Geld nur zum Teil in Waren umsetzen, zum größten Teil aber auf die hohe Kante legen.

Daß also zufällig die aktivistische Ära in eine Zeit der abflauenden Krise fällt, wird in der „Landpost“ so gedeutet, daß die Aktivisten die Krise befeitigt haben. Auf diese Weise wird der Aktivismus noch zu schönen Erfolgen kommen. Wir schlagen den Agrariern für die Gemeindevorwahlen vor, folgende Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen.

Die Kinderzahl in den Volksschulen ist heuer gestiegen; obwohl das mit der steigenden Geburtenziffer nach dem Kriege (also unter der angeblichen „roten“ Herrschaft) zusammenhängt, kann man es ruhig als Erfolg des Aktivismus buchen, der eben vorausgewirkt hat.

Der verhältnismäßig schöne Sommer ist ohne Zweifel auf die Zusammenarbeit tschechischer und deutscher Bürgerparteien zurückzuführen. Natürlich ist die gute Ernte ein Verdienst Spinas.

Das Abflauen des chinesischen Bürgerkriegs ist unstreitig ein Erfolg der Politik May-Harlings.

Das Gelingen der Ozeanflüge wird selbstverständlich als eine Folge der aktivistischen Politik anzusehen sein.

Dagegen ist unbedingt daran festzuhalten, daß für irgendwelche unerfreuliche Geschehnisse (Terrorierung, Militärgeetze, Verwaltungsreform, Steuerreform, Klassenjustiz usw.) die Aktivisten nicht verantwortlich gemacht werden können!

### Es geht schon los!

Die „Reforma“ brachte in der Vorwoche die Meldung (die wahrscheinlich irgendetwas vergeblich auf Soloschlager wartender Journalist sich erfinden hatte), daß deutsche und tschechische Sozialdemokraten in einer Sitzung gemeinsames Vorgehen bei den Gemeindevorwahlen beschlossen hätten. Weder hat eine solche Sitzung stattgefunden, noch wurde ein solcher Beschluß gefaßt. Wäre es der Fall, so würden wir es selbstverständlich offen und freudig mitteilen. So aber haben wir, lediglich um der Wahrheit willen, die Meldung der „Reforma“ bereits in unserer Samstagnummer demontiert. Das hindert aber eine Presse vom Schlage des christlichsozialen Jägerndorfer „Volk“ durchaus nicht, noch am Dienstag dieselbe Meldung den Lesern als wahr anzuführen und dabei noch mit höhnischen Bemerkungen über die „deutschnationalen Sozialdemokraten“ zu garnieren, die „nicht genug vom Verrat der Christlichsozialen und von nationalen Besessenen der Sozialdemokraten“ selbst berichten können.

Es scheint, daß die einzige „politische“ Fähigkeit, die die Christlichsozialen angeht, der Wahlen vor den Wählern aufbringen, darin besteht, sich tölpelhaft zu stellen. Sogar im Jägerndorfer „Volk“ dürfte man doch wissen, daß die „deutschnationalen“ Sozialdemokraten seit dem Bestand

## Der Rachen.

### Querschnitt durch ein Leben.

Von Verta Selinger.

Also hatte der Herr Oberlehrer und Vorstand Josef Ferdinand Rost ein Antrag gestellt. Und der löbliche Bürgerverein hatte seine Zustimmung nicht verweigert. Sie wollten Schiller ehren. Sie wollten, Friedrich von Schillers Todestag festlich begehen.

Was tut man zu solchem Ende? Man bittet den hochwohlwollenden Militärverein um wohlwollende Mitwirkung. Dieser bewilligt das Gesicht und gestattet den wackeren Vereinsmusikanten am festlichen Tage für den Toten und die Lebendigen aufzuspielen. Und diesmal — bei Schillers kann der Vorstand des Militärvereins ganz ruhig sein, sein Gewissen kommt in keine Not. Er erfüllt eine kameradschaftliche Pflicht. Und wie heißt es in den Statuten: „Den Geist der Kameradschaft treu zu pflegen.“

Alsdann läuft der Militärvereinvereinshilfsdienst nach Feierabend und am Sonntag früh bei den Mitgliedern herum und bittet jeden wie sich's geizt um seine wohlwollende Mitwirkung. Sie wiegen nachdenklich die Häupter, zupfeln den Mund und hängen die Pfeife in die Zahnlücke, — ja, sie möchten schon, — ob das Weib aber möcht? Sie gipfeln sich so über jed' Seidel Bier. Aber, Boy London und Kadechly! Sie sind doch alte Soldaten! Davon gegen Frechen und Weische und Bosniaken warper gekämpft. Und so nehmen sie mutig die Uniform aus dem Schrank, bevor das Weib aus der Messe kommt, und wickeln sie locker und sorglich aus dem Innernen Tuch, um sie zu bürteln. Und dann putzen

sie auch gleich noch die Denkmünze am schwarzen Bandl.

Danach wird in beiden Vereinen lange und ausgiebig beraten — und man wird higig und trinkt viel Bier — bei welchem Wir man den toten Dichter und Militärkameraden ehren soll. Drei sind ihrer, alle wie einer Mutter Kind gottesfürchtig, laifertreu, gute deutsche Bürger allenwege. Aber der eine hat schlechtes Bier, was nicht die brave Gesinnung. Und dem anderen sein Garten ist zu klein. Also bleib nur der rote Doh.

Der rote Doh wird herausgeholt wie ein Pfingstloch. Der Herr Oberlehrer Josef Franz Ferdinand Rost hängt selbst ein paar grüne Messigkränze mit seinen Rosen aus Seidenpapier zwischen den Bäumen auf. Denn man muß auch das Auge erfreuen. Und dann tritt er zum Wir und fragt unachtsam, ob auch für Bier und Speisen wohl gesorgt sei; auch die Lebenden wollen ja ein Recht. Und der Dohewirt nicht beruhigend, nicht und medert dazu und sein rundkopfiges Koberle hüpf ordentlich: „Wir wissen, was wir unseren Gästen und Schiller schuldig sind.“

Unter den Bäumen im Wirtsgarten, die ihre saftigen Zweige mit dem frischen Laub sommerlangend gen Himmel recken, geht Bozema hin und und wider. Sie rückt die Tische zurecht und spreitet die rot und weißen deckenbelegten Tücher darüber. Und jagt die Speerlinge fort, denn die sind's lapabel und vermehren die fauberen Gededen.

Dann stellt sie altmodische Haider Vasen darauf und fällt sie mit Blumen. Banerndosen mit Banerndosen: Butterknitzel und Gänfeschnappe und Hollunder und Bergknechtel. Sie hat sie selber gepflückt auf den Wiesen draußen und an den Gartenzäunen die holdseligen, nützigen Frühlingssmirdringel, die die Menschen in kleinen Städten für nichts achten.

„Boh! „Zuslaw uszag na ihon na usoz“ die Traudl, die, beide Arme in die Zeiten gestemmt, dem Inn verächtlich zuschaut. Aber der Dohewirt gegenüber ihr für Bozema: „Loh du mir das Madl in Ruh, — nobel schauts aus,“ er blut wohlgefällig über die Tische hin. Und dann schmalzt er mit der Zunge und läßt sein Modern hören. Es klingt ungut. Die schrille Stimme paßt nicht zu dem pumperlunden Mann und keinem breiten Gebade.

Bozema ist Kellnerin im roten Doh. Nur so im Vorbeigehen, um sich das Geld für die Heimfahrt zu verdienen. Im Hotel war sie auf und davon, ohne Lohn, ohne ein Zeugnis im Dienstbüchel. Sie kam nicht weiter bis hier in das stille Nest. Sie war durch seine Gassen gegangen und hatte mit zitterndem Herzen ein paar freundlich geschwähige Leute um Arbeit gefragt. Die hatten sie zum Dohewirt gewiesen. Der schlug ihr munter auf die Schulter und mederte: „Geh ner ei do, ich brauch akra so ei Madl. Weiß, weil mir doch auf'n Sonntag 'n Schiller feiern.“

Auch die Wirtin hatte sie gut aufgenommen. Nur die Traudl, die alte Kellnerin, die schon an die zwanzig Jahr im roten Doh bediente, war böse, gab ihr nicht einmal die Hand. „So ein Arschperl, hergelaufenes,“ logte sie nur und drehte ihr den breiten Rücken.

Von fern her klang der Kadechly-Marsch, sam näher und näher und nun bog der Zug in den Ringplatz ein, zog zweimal umadum und schwangte dann zum roten Doh ab. Die Tschinellen klangen, die große Pauke dröhnte dazwischen und der lahme Schneider blies das Waldhorn. Daß es schier wundernahm, wie seine dünnen Baden die Luft zu halten vermochten. Festlich war der Zug. Die Vorstände mit laiferforbenen Schärpen angehan. Die Bürger im schwarz-tuchenen Hochzeitsstaat, die alten Krieger mit der Veteranenmütze und der blühenden Me-

daille. Und hinterher das bunte Gewimmel der Weiber und Kinder.

Die Sonne strahlte und machte Durst. „Bier her!“ schrie einer und warf stierend den Sechser auf den Tisch. Jage fragte ein anderer: „Ma Weib, wolln mer a eis bestelln?“ Die zärtliche Dohschre schoß dräuende Mide: „Kannst's net dertwarten, du Saufaus? Wußt allweil der erste sein?“

Traudl, die diese Traudl schlupfte wie ein Wiesel zwischen den Tischen durch, schwenkte die vollen Gläser über den Köpfen hinweg und warf dazwischen einen Blick nach dem Arschperl, das, die Hände gleichfalls voll Gläser, sich anstellte wie ein junger Hund.

Zuoberst am noblen Tisch saß der Herr Oberlehrer als Festvorsand. Ihm zur Rechten hatte die Frau Gerichtsdirektorin Junipusa untergebracht. Das war die Muse des Bürgervereins, sanften Auges und ein bisserl ältlich, wie auch ihre Schwestern heut wären. Die Mutter nahm bescheidenlich weiter drinnen Platz und lehrte dem Nachbarsch stolz den Rücken. Dort saß die Jerealien- u. Rosolienhändlerin Rosalie Decksch mit ihrer Tochter, einem hübschen, nur aber aufgeputzten Judenmäd. Sie winkten freundlich und bettelten mit den Augen, um an den feinen Tisch kommen zu dürfen. Aber heute war nicht der Tag, wo die Frau Adjunktin zu der alten Fridin „meine liebe Frau Decksch“ sagen würde. Sie wollte ja heute weder Erdäpfel schuldig bleiben, noch „ein Tröpfel Rum in den Povid“ erschmeicheln.

Frau Rosalie war erbozt, aber „du kommst mir schon wieder,“ dachte sie und bestellte recht laut zwei Portionen Kalbsgulasch, als die Adjunktin vornehm zwei paar Krenwürstel hatte bringen lassen.

(Fortsetzung folgt.)











# Volkswirtschaft.

## Genossenschaftliches.

### Die Spalter rufen: Haltet die Spalter!

Die Vorgänge bei der Kreisversammlung der Genossenschaften am 10. und 11. September in Reichenberg geben unseren Volkswirten, weil sie dort wegen ihrer Tatkraft, jede ersprießliche genossenschaftliche Arbeit zu sabotieren, ganz nach Verdienst geächtet wurden. Gelegenheit, in ihrer blutigen Dade, im kommunistischen „Vorwärts“, ein großes Geschrei darüber anzustimmen, daß die „Reformisten“ die Genossenschaft „Spalten“ wollen. Im Gegenteil muß man die Langmut bewundern, mit der unsere Genossen schon durch Jahre den kommunistischen Treibern begegnet sind. Es wiederholt sich nun in der genossenschaftlichen Kreisorganisation das, was man mit den Volkswirten schon in ungezählten anderen Organisationen der Arbeiterarbeit erfahren hat: ihre Zellen- und Fraktionsarbeit über Auftrag der kommunistischen Partei bringt es so weit, daß eine ersprießliche Arbeit in der genossenschaftlichen Bewegung nicht mehr zu denken ist und die folgende Zeit aller dieser Tagungen mit endlosen politischen Debatten ausgefüllt wird. Immer und immer wieder wird von den Volkswirten bei solchen Tagungen versucht, Propaganda für die kommunistische Partei und ihre Ziele zu machen, und werden sie einmal gestellt, so verstehen sie es meisterhaft, sich auf die Unschuldigen auszuspielen. Der Anspruch eines Genossen, daß Sozialismus zu deutsch Falschheit, Lüge und Heuchelei bedeutet, trifft vollkommen zu, man braucht nur im obengenannten Blatte die seitenslangen Berichte von der Kreisversammlung zu lesen, um diesen Anspruch bestätigt zu finden. Überall, wo es nur halbwegs geht, werden die Dinge gerade in das Gegenteil umgekehrt: Recht habe eine Rede gegen die Sowjetunion gehalten, die sozialdemokratischen Delegierten hätten einen Exodus ausgeführt, indem sie demonstrativ die Konferenz verließen (in Wirklichkeit ging nur ein Teil von ihnen um 1 Uhr zum Zuge, weil sie sonst bis 7 Uhr abends hätten warten müssen und die Konferenz wegen der Saalräumung um 2 Uhr geschlossen werden mußte), Schönfelder habe ein Redeverbod von der Partei erhalten und unter dem Druck der vorhergegangenen Bearbeitung erklärt, er lasse sich nicht als Jugpferd für kommunistische Reklame gebrauchen, Köhler habe gar nichts getan, als „objektiv und sachlich“ über Ausland berichtet (wie, das hat ihm Gen. Fischer nachgewiesen), Schönfelder sei von seinen eigenen Leuten als Lügner bezeichnet worden, der ganze Reichenberger Genossenschaftskreis stehe auf „revolutionärem“ Boden, und was noch viele solche keine liebliche „Schreibfehler“ mehr sind; kurz, eine Aufmachung, die sich wohl als echter, unverfälschter Sozialismus zeigen lassen kann.

Wir haben schon an der Hand der Zitate aus der Broschüre Köhlers, resp. aus seinem Begleitwort, wie unschuldig dieses kommunistische Gerede ist. Das sind unerhörte Annahmen, die sich dieser leichte Schwärzer allen, in der Genossenschaftsbewegung grau gewordenen Genossen gegenüber glauben erlauben zu können, und deshalb mußte es ihm gesagt werden, daß eine solche Schreibweise eine bodenlose Niedertracht ist. Der Kommunist Kreuz kann es wieder unseren Genossen vom Reichstatter Konsumverein nicht verzeihen, daß sie die kommunistische „Mitarbeit“ ablehnen, und beruft sich darauf, daß im Reichenberger Konsumverein auch ein Sozialdemokrat in der Verwaltung sei. Abgesehen davon, daß die letztere Behauptung eine Unwahrheit ist, würde sie, wenn sie wahr wäre, nur beweisen, daß die Sozialdemokraten wirklich in

# „Die Vorbestraften.“

## Zu dem neuen sozialen Meinert-Film der Glabal.

Unter den wenigen Filmen, die eine gewisse soziale, eine revolutionierende oder sonstige eine gesunde Tendenz aufweisen — wohlgerichtet, eine beabsichtigte Tendenz — gehört entschieden der Film „Die Vorbestraften“, ein Ereignis der Berliner 3., das sich schlicht und einfach nennt: Ein Film von Rudolf Meinert. Keine hochtrabenden Worte werden verschwendet, um im voraus die Güte des Stückes irgendwie zu betonen; keine schwunghaften Untertitel und kein sonstiges äußerliches Beiwerk ziert diesen Film, der durch sich selbst spricht, getragen von dem wahren Hauch des nackten Lebens und geschaffen vom durchdrungensten Eifer stiller Künstler, die dem Einzelschicksal Allgemeinwert zu geben verstanden.

Gleich die Eingangsbilder geben dem Zuschauer zu verstehen, welches Problem der Film behandelt. Früher wurden Menschen, die sich gegen das Gesetz vergangen hatten, vom Zuchthaus durch das Einbrennen gewisser Zeichen gebrandmarkt. Später schiedete man ihnen schwere Eisenketten an die Hüfte, welche die Unschuldigen mit sich ziehen mußten. Heute sind die „barbarischen“ Strafen von einst verschwunden, aber trotzdem sind diejenigen, die einmal mit den Gesetzen in Konflikt geraten sind, von vielen, allerdings unsichtbaren, aber dennoch bedrückend fühlbaren Fesseln beengt, die ihnen zum vornurückbaren Qualen werden können. Der Film schildert das Schicksal eines Mannes, der samt seiner Tochter an dem Fluch der „Vorbestrafung“ elend zugrunde geht. Der Anfall ist kurz skizziert folgender: Die Frau des Arbeiters Paul Hartmann erkrankt und kann laut Angabe des Arztes nur durch eine Reise gefunden. Die letzten Erparnisse des Arbeiters sind während der Inflation zu Nichts geworden und der verzweifelte Mann verpfändet sich an fremdem Geld. Es ist vergebens: die Frau stirbt und der verzweifelte Mann kommt ins Gefängnis. Mit seiner Freilassung beginnt eigentlich die Handlung des Filmes. Er sucht Arbeit, findet sie bei dem menschenfreundlichen Kommerzienrat Recklin, aber als seine Kameraden in Erfahrung bringen, daß er im Gefängnis war, rufen sie nicht eher, bis Hartmann den Posten aufgibt. Tagelang irrt er umher, um Arbeit zu erhalten, aber alle seine Anstrengungen sind vergeblich. Er will aber sein Kind nicht hungern lassen und da er keine andere Möglichkeit findet, nimmt er das Anerbieten eines Kameraden aus dem Gefängnis an, bei der „Arbeit Schmiere zu stehen“. Hartmann wird verhaftet und neuerlich vor Gericht gestellt, wo sich sein väterlicher Brotgeber Recklin warm für ihn einsetzt. Da stellt es sich heraus, daß Recklin selbst vorbestraft ist. Während Hartmann mit drei Monaten wegschickt, hat Recklin von nun an Höllenqualen zu erdulden, da von seiner Vorbestrafung ein Revolverjournalist

erfahren hat, der mit der Deutung der Veröffentlichung große Geldbeträge erprecht. Als sich Recklin gegen diese schändliche Ausbeutung energisch auflehnt, erscheint in dem Ersprecherblatt der diffamierende Artikel und Recklin wird von allen verlassen: sogar Frau und Sohn wollen vor ihm nichts mehr wissen und Recklin macht seinem verpfändeten Leben selbst ein Ende. Und als Hartmann zum zweitenmal das Gefängnis verläßt, sucht er wieder Arbeit, aber alle Türen schließen sich vor ihm und es bleiben ihm nur zwei Möglichkeiten offen: entweder wieder Kriminal oder Tod... Da opfert sich die jugendliche Tochter für den Vater und wirft sich einem vermögenden Richter an den Hals, denn sie hat keine andere Möglichkeit, Geld zu verdienen. Sie wird verhaftet und der Vater erschlägt in seiner verzweifeltsten Angst um das gekostete Kind unglücklichsterweise den Beamten, der es abführt. Der Vater kommt neuerlich ins Gefängnis, während die Tochter im Boller endet...

Die mütterliche Wiedergabe der Handlung kann bei weitem nicht den erschütternden Eindruck des letzten Bildes vermitteln. Denn, um es gleich zu sagen: der Film ist — abgesehen von seiner Tendenz — eine ebenso gediegene wie künstlerisch wertvolle Leistung. Rudolf Meinert verstand, mit kurzen, prägnanten Griffen das Manuskript von Erich A. Rast auf die Leinwand zu bringen und schafft eine Bilderfolge, die auf den Zuschauer wuchtig wie Renleinschläge niederhaut. Alle die üblichen Verzerrungen der konventionellen Filme fehlen: kein Aufsatz, keine Zigaretten, keine Liebeszenen, keine überflüssigen Passagen, die den Gang der Handlung hemmen würden. Meinert fand glänzende Darsteller. Eugen Klöpffer als der Vorbestrafte ist von schicksalsschwerer Würde, ohne Pathos und „Spiel“, denn da gibt es nichts zu spielen, seine Rolle ist viel zu wahr und hehr. Er ist eben jener Unschuldige, den der Fluch des einen Rechtsritzes vernichtet; er schafft eine echte Josa-Gestalt. Margarete Ziegler als seine Tochter, die sich für den Vater opfert, ist von rührender Anmut und schlichter Einfachheit, bei weitem kein „Stor“ nach amerikanischen Mustern, sondern eben ein Mädchen, wie sie zu Tausenden in unserer Umgebung leben und leiden und sterben. Albert Zeinert, A. Arnold, Korki, Herrmann Pich, Hugo Böcklin und eine ganze Reihe anderer Darsteller vervollständigen das Ensemble dieses schmerzhaften Filmes, den wir warm empfehlen können. Die Photographie von K. S. Weizenberg schafft plastische, klare Bilder, die überaus natürlich wirken und den Gesamteindruck des Filmes erheblich unterstützen. Ein Film, der in hoher künstlerischer Form ein brennend heißes soziales Thema behandelt, das allgemeine Beachtung verdient.

Argus.

der Genossenschaftsbewegung mitarbeiten, während die Volkswirten nur hemmen und verhindern. Das haben die Reichstatter Genossenschaftler oft genug erfahren und wenn wir noch anzuhören, daß der berühmte Johann Emanuel Bröde aus Nixdorf, der wegen seiner Zudelschürze gefloht ist und bei seinen Beweisanträgen fast alle namhaften Kommunisten des Niederlandes als Zeugen gegen den Konsumverein führt, so sagt dies genug, und wir brauchen über die „Mitarbeit“ der Volkswirten und über den Charakter dieser Mitarbeit kein Wort mehr zu verlieren.

Wir erklären noch einmal: Die sozialdemokratischen Genossenschaftler, die durch Jahre hindurch die absolute Fruchtlosigkeit der genossenschaftlichen Kreisversammlungen in Reichenberg, durch die kommunistischen Umtriebe verursacht, gesehen und miterlebt haben, werden die Frage ernstlich erörtern, ob es noch einen Zweck hat, diese

Tagungen zu besuchen und ob es nicht angebracht ist, von den kerenschen Faktoren zu fordern, einem anderen Kreise der Genossenschaftsorganisation zuzuteilen zu werden. Als einen Beweis dieser Unfruchtbarkeit führen wir nur an, daß schon zwei Jahre infolge der kommunistischen Sabotage verhindert wird, das Referat über die Verschmelzungsfrage der deutschen und der tschechischen Genossenschaftsbewegung zu halten. Das Geschrei der Moskajungen wird uns nicht im geringsten hindern, den Weg, der im Interesse der Genossenschaftsbewegung liegt, zu gehen. Sie sollen dann, wenn sie ganz unter sich sein werden, unfernweg Reichenberg zur Sowjetrepublik erklären und die Diktatur ausrufen, die sie uns immer als das einzige Allheilmittel für die Arbeiterchaft anpreisen.

getreten war, machte er weite Studienfahrten, die ihn durch Belgien, Frankreich, England und endlich durch die Vereinigten Staaten führten. Vor allem in England wurde er Zeuge der neuen Technik die die Naturkräfte in ganz anderem Maße als früher in ihren Dienst stellte. Von entscheidender Bedeutung für sein ferneres Wirken wurde seine Bekanntschaft mit George Stephenson, dem Pionier des Eisenbahnwesens. Er erkannte die große Zukunft des neuen Verkehrsmittels und begann sich für das bisher auf diesem Gebiete Geschaffene eifrig zu interessieren. So kehrte er nach Deutschland mit neuen Ideen und neuen Erkenntnissen zurück. Hier hielt er sich zunächst im Saarrevier auf. Er wußte nur zu gut, mit welchen Mitteln die ewig Geplagten in England den Bau von Eisenbahnen bekämpft hatten. Er sah, wie in Deutschland Männer von weischaudem Blick, wie Hareort, vergeblich für die Eisenbahn eintraten. Er erlebte die vielen bürokratischen, nur zu oft von engherzigstem Gewinnstreben untergeordneter Berufsrichtungen diktierten Hindernisse, die den Bestrebungen, auch in Deutschland Eisenbahnen zu bauen, in den Weg gelegt wurden. Selbst das Beispiel Englands, in dem der Eisenbahnbau auf schnelle Fortschritte zu machen, vermochte in Deutschland keinen fördernden Einfluß auszuüben. Fast schien es, als sollte die alte Generation erst sterben, bevor die jüngere mit ihren neuen Plänen freie Bahn erhielt.

Unter unsäglichen Mühen, die die Schienen der Beförderung herbeiführten, gelang es endlich, die Genehmigung für den Bau der kleinen, nur 6 Kilometer langen Eisenbahnstrecke Nürnberg—Fürth zu erhalten. Der Nürnberger Johannes Hareort war der Vorläufer für diesen Bau. Am 14. Mai 1833 wurden die Pläne zur Einzeichnung des Aktienkapitals aufgelegt. Es dauerte Monate, bis endlich die verhältnismäßig geringe Summe aufgebracht worden war. Die staatlichen Stellen betrachteten die

ganze Angelegenheit auch jetzt noch mit dem größten Mißtrauen. Nachdem das Geld beisammen war, begannen die eigentlichen Schwierigkeiten. Man suchte nach einem Bauherrn, dem man den ersten Eisenbahnbau Deutschlands zur Ausführung übertragen konnte. Man darf nicht vergessen, daß die Technik in Deutschland noch in den Kinderjahren steckte, daß es vor allem sehr schwer war, geeignetes Material für die Eisenbahnschienen zu erhalten. Schienenbrüche aber hätten das Unternehmen vor vornherin in Frage gestellt. Bekanntlich ist das Schienenproblem bis heute noch nicht einwandfrei gelöst. Man sucht immer wieder nach einer stofflichen Verbindung der einzelnen Schienenstücke. Die Unternehmer des Bahnbauwesens hatten sich bereits an Stephenson in England gewandt, als sie endlich auf Denis aufmerksam wurden. Denis, der außerordentlich gründlich arbeitete und sicherlich einer der besten Ingenieure gewesen ist, vollendete den Bau der Bahn in der vorgeschriebenen Zeit zur allgemeinen Zufriedenheit.

Der Betrieb der Bahn, die damals 24.000 Mark gekostet hatte, ist im Jahre 1926 endgültig eingestellt worden. In der Geschichte des deutschen Eisenbahnbauwesens wird sie stets fortleben. Denis hatte durch diesen Bau seinen Ruf als Eisenbahningenieur begründet. Man übertrug ihm den Bau der Taunusbahn und den der Worms—Mainzer Bahn. Er vollendete die 61 Meilen langen bayerischen Ostbahnen in der kurzen Zeit von fünf Jahren, trotzdem im Vertrag eine Bauzeit von sieben Jahren vorgesehen war. Denis hat in seinem arbeitsreichen Leben über 1000 Kilometer Eisenbahnen betriebsfertig gebaut. Als ein Mann von 71 Jahren kehrte er sich zur Ruhe. Neben Hareort und List wird er in der Geschichte der deutschen Technik als ein talkräftiger Förderer des Eisenbahnwesens fortleben.

# Beratungen über die Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Die Vertreter der freien Privatangestellten-Organisationen, welche in der gemeinsamen Landeszentrale (D. S. O.) vereinigt sind, verhandelten Montag abends über den Stand der vorbereitenden Arbeiten zum künftigen Pensions- und Krankenversicherungsgesetz der Privatangestellten.

Aus den Berichten war ersichtlich, daß der gegenwärtige Stand der Pensionsversicherung für die Versicherungsnehmer und die Rentner unerträglich ist, und daß daher die Novellierung noch in diesem Jahre mit rückwirkender Gültigkeit ab 1. Januar 1927 erfolgen soll. Nach einer sachlichen und ausführlichen Durchbesprechung wurde beschlossen, daß es unmöglich erscheint auf Anträge einzugehen, welche den Wirkungsbereich für die Versicherungsnehmer einschränken, oder aber in der Praxis eine neue Unsicherheit schaffen würden.

Es überraschte, daß Anträge von einer anderen Seite ausgingen, welche in ihrer Grundlage den Wirkungsbereich der Versicherungsnehmer in den Monzeilen, im Handel, im Verkehr und in der Industrie einschränken. In jenem Teile, welcher die Abgaben betrifft, besteht die Konferenz auf der Einhaltung der früheren Beschlüsse, welche die Dienstbezüge in einer derartigen Höhe einzuschließen gedenken, daß das kulturelle Minimum nicht einmal hier durch eine Unterversicherung leide. Die Konferenz besteht auf einer derartigen Regelung der Gebühren beziehungsweise Abgaben, durch welche die bisherigen Unzulänglichkeiten beseitigt werden würden. Desgleichen muß in Sachen der Heilfürsorge das künftige Gesetz bessere Grundlagen aufweisen als das bisherige.

Die Beratung nahm einen durchwegs abweisenden Standpunkt ein, zu den Versuchen der Unternehmer, den gegenwärtigen Stand der Krankenversicherung zu verschlechtern.

## Lohnbewegung der rheinischen Textilarbeiter.

München-Madbach (Rheinprovinz), 20. Sept. (Sch. P. B.) Die Gewerkschaften aller Richtungen haben gemeinsam das Lohnabkommen in der Textilindustrie zum 30. Dezember 1927 gekündigt. Gleichzeitig haben die Gewerkschaften auch das Lohnabkommen in der Bekleidungsindustrie, und zwar auf den 15. Oktober gekündigt. Hierbei wird eine Lohnerhöhung um 25 Prozent gefordert, während in der Textilindustrie dem Arbeitgeberverband keine Forderungen eingereicht wurden. Die Arbeitgeber haben zu den Kündigungen noch keine Stellung genommen.

## Ausperrung in der Solinger Metallindustrie.

Solingen, 20. September. (Sch. P. B.) Als Antwort auf die neuerlich eingeleiteten Kündigungen seitens der Vorgesetzten hat der Arbeitgeberverband der Solinger Metallindustrie in seiner Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, sämtliche Fabriks- und Heimarbeiter auszusperrern. Die Kündigung erfolgt am 22. d. M. und wird am 26. Oktober wirksam.

Forderung der Fördermaschinen des Vergabes nach Einbeziehung in die Pensionsversicherung der Privatangestellten. Zu einem Jahrzehnt bemühen sich die Fördermaschinen dazu, daß ihre Tätigkeit im Vergabes als eine angesehene und wertgeschätzte Dienstleistung anerkannt wird. Die Ministerialkommission zur Ausarbeitung des Entwurfs des Pensionsversicherungsgesetzes der Privatangestellten hat ihren Bemühungen Rechnung getragen und die Versicherungspflicht im Entwurfe festgelegt, doch sind im Zuge der weiteren Beratungen über die Angestelltensozialversicherung Bestrebungen aufgetaucht, diese Entwurfsbestimmung zum Nachteil der Fördermaschinen abzuändern. Mit dieser Sachlage hatte sich die gemeinsame Tagung der deutschen und tschechischen Fördermaschinen zu befassen, welche am Sonntag, den 18. September l. J. in Dux unter Überaus starker Beteiligung der Mitglieder der Braunkohlenwerke stattfand. Die Referate, welche über den Stand der Frage der Pensionsversicherungspflicht erstattet wurden, brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Forderung der Fördermaschinen nach Aufnahme in die Angestelltenpensionsversicherung mit Rücksicht auf den Qualitätscharakter und hohen Verantwortungsgrad ihrer Tätigkeit im Betriebe des Vergabes sachlich durchaus begründet wäre und dies umso mehr, als auch in Deutschland und Polen die Fördermaschinen als Angestellte gelten und in die Angestelltenversicherung einbezogen sind. In einer gegenständlichen Entscheidung wurde an die maßgebenden Faktoren und Parteien der Appell gerichtet, sich für die soziale Forderung der Fördermaschinen talkräftig einzusetzen.

Frager Produktentwerfer. (Offizieller Bericht vom 20. September.) Die heutige Börse war sehr zahlreich besucht. Das Geschäft war bei Eröffnung nur gering, vermehrte sich aber im weiteren Verlaufe etwas zu beleben. Am Getreidemarkt war die Tendenz bei Eröffnung ruhig und insofern es zu Abschlüssen kam, wurden die letzten Preise genannt. Für Weizen herrschte schwächere Meinung, welche sich im Verlaufe des Geschäftes zu verbessern vermochte, so daß die Weizenmärkten gegenüber dem letzten Stande unverändert blieben. Auch Roggen und Gerste wiesen keine Preisveränderungen auf. In Hafer überwiegt das Angebot, was zu Abschwächungen bis 2 K führte. Der Maismarkt blieb unverändert. In den anderen Geschäftszweigen blieben die Preise allgemein nominal unverändert in Geltung, nur amerikanisches Fett und Kartoffeln waren etwas schwächer.

# Der erste Eisenbahnbauer Deutschlands.

Vor 55 Jahren, am 3. September 1872, starb der erste Eisenbahningenieur Deutschlands, Paul Camille von Denis. Mit seinem Namen ist vor allem der Bau der ersten deutschen Eisenbahn, die von Nürnberg nach Fürth führte, verbunden. Als er diese Bahn schuf, betrachtete die Veffentlichkeit die mit Maschinenkraft getriebenen Verkehrsmittel mit nicht geringerem Staunen, als zu Beginn der Fliegerei in unserer Zeit ein Flugzeug betrachtet wurde; ja, das Neue wirkte damals fast noch eindrucksvoller, denn man stand erst am Anfang des Maschinenzeitalters. Die motorische Fortbewegung der Fahrzeuge war ein vollständiger Bruch mit den Jahrtausende alten Ueberlieferungen.

Paul Camille von Denis, der ein Werkzeug dieser Entwicklung wurde, hatte am 26. Juni 1795 in Mainz das Licht der Welt erblickt. Seine technische Ausbildung erhielt er in der Ecole Polytechnique, der technischen Hochschule zu Paris. Er widmete sich von vornherein dem Verkehrswesen, dessen Mängel er zur Genüge kannte. Der Zustand der Landstraßen war damals so, daß die Reisenden in der „romantischen“ Reiselust schon bei kürzeren Reisen infolge der zahllosen Stöße, die die Unebenheiten der Straßen verursachten, geradezu gemartert wurden. Eine Eisenbahnfahrt in der vierten Klasse durch ganz Deutschland, die doch gewiß nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, erscheint dagegen fast wie eine Luxusbeförderung. Auch an diesem Vergleich erkennt man den ungeheuren Fortschritt, den die Eisenbahn brachte. Denis dachte zunächst an einen Ausbau der Wasserstraßen. Er studierte vor allem den Bau von Kanälen. Als er nach der Beendigung seiner Ausbildung in den bayerischen Staatsdienst



# Gerichtssaal.

## Gegen die Fehldiagnosen der Gerichtsärzte.

In letzter Zeit ist die Öffentlichkeit einigemale durch sich widersprechende Gutachten von Gerichtsärzten bei Prozessen überrastet gewesen, einmal wurde sogar ein Offizier nachgewiesenermaßen Opfer eines solchen Fehlgutachtens, durch welches er einige Jahre unbeschuldig im Kerker verbringen mußte. Wir haben über diesen Fall seinerzeit eingehend berichtet. In Anbetracht dieser Umstände dürfte wahrscheinlich das Gesetz über die Gerichtsärzte (S. d. G. u. V., Teil 49, vom 28. Juli 1927) geschaffen worden sein, um gegen die leider wiederholt vorgekommenen Fehldiagnosen eine höhere Verwaltungsinstanz zu haben, die allerdings dem Wortlaut des Gesetzes nach nur vom Gericht in Anspruch zu nehmen gestattet ist. Das oben erwähnte Gesetz bestimmt, daß Gerichtsärzte bei den Landesgerichten zu ernennen sind, u. zw. wird die Ernennung durch den Justizminister vorgenommen. Diese Gerichtsärzte bestehen aus acht bis zwölf Mitgliedern und werden auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Soweit die Sache so sehr begründet ist und gut, daß das Gericht, wenn die beiden Gerichtsärzte von einander abweichende Gutachten abgeben oder wenn Zweifel in das Gutachten obwalten, diese Gerichtsärzte als höhere Instanz in Anspruch nehmen kann, um ein neuerliches Gutachten durch neue Ärzte, welche in dieser Kommission sind, abzuverlangen. Da aber das Maßgebende ist, wer in dieser Kommission sitzt, so muß man erst wissen, welche Sachverständigen ernannt werden.

Vor allem handelt es sich darum, daß der Vorsitzende dieser Gerichtsärzte keinerlei Einfluß auf die Ernennung der übrigen haben soll, bzw. Vorschläge machen kann, da sonst die Gefahr besteht, daß sich der betreffende Sachverständige-Vorsitzende Leute wählt, die ihm zu Gesichte stehen, bzw. die seinem Gutachten nur als Hölle dienen und sich dann auf das übliche: „Ich schließe mich dem Gutachten meines Herrn Kollegen an“ beschränken, statt selber ein Gutachten abzugeben. Leider ist ein solches zweites Gutachten mit der erwähnten Phrase im Gerichtssaal fast zur Gewohnheit geworden! Und nur so ist es daher auch möglich, daß sich in unseren Strafanklagen so viele schwere Fehldiagnosen befinden, die für geistig normal erklärt wurden. Da diese Gerichtsärzte dem Ausgang eines Prozesses durchaus eine andere Richtung geben können und werden, ist diese Neuerung von ungemessener Wichtigkeit. Wir werden daher nicht unterlassen, der Wahl dieser Räte, sobald sie stattfinden wird, unsere größte Aufmerksamkeit im Interesse aller Angeklagten zuzuwenden!

## Zwölf Glas Bier und ein Toter.

Prag, 18. September. Die Geschworenen verurteilten in Anbetracht des gerichtsarztlichen Gutachtens, daß der Tod durch einen Herzstich herbeigeführt wurde, die Schuldfraße des Angeklagten Kostol und der Zemat fällt daher einen Freispruch.

## Die Tat eines erblich Belasteten.

Prag, 20. September. Heinrich Hoflich, 29 Jahre alt, von Beruf Zigararbeiter, ist der Sohn eines alkoholischen Vaters, der im Arrenhause endete. Hoflich hat vor vier Jahren im Verlaufe eines kurzen Streites mit seinem Schwager, dem Gatten seiner Schwester, drei Tage nachdem die Schwester geheiratet hatte, sein Messer gezogen und den Schwager erschossen. Er erhielt für diesen Totschlag damals drei Jahre schweren Kerker. Dies ist kurz die Vorgeschichte des Angeklagten, der heute wieder vor dem Prager Geschworenengerichte unter dem Vorsteher des OLG. Budil stand. Am 3. Juli d. J. war es zwischen ihm und seiner Frau zu einem Streite gekommen, da er ihr aus Eifersucht den Vorwurf machte, daß sie ihm mit einem Manne, mit welchem sie kurz vorher geschieden hatte, untreu sei. Als sich das Weib zu Bett legte und ihm den Rücken zuckerte sprang er auf das Bett und brachte der Frau mit einem Küchenmesser am Halse einige schwere Schnittwunden bei. Sie wollte entfliehen. Er stürzte sich neuerlich auf sie, begann sie zu würgen und wieder zu fesseln. Dann brachte er sich selbst mit dem Messer einige Schnittwunden bei. Beide Leute wurden von den Nachbarn in einer Wulstlade gefunden. Die Verletzungen der Frau wurden als schwere, die des Mannes als leichte von den Ärzten bezeichnet. Eine Woche nach der Tat wurde Hoflich bereits in die Untersuchungsabteilung eingeliefert. Die Anklage, welche die Staatsanwaltschaft gegen ihn erhoben hatte, lautete auf unvollendeten Mord. Die Gerichtsärzte (Prof. Dr. Slavil und ein anderer) erklärten Hoflich wohl für erblich belastet, aber wieder für seine Tat verantwortlich. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage mit neun Stimmen. Daraufhin verurteilte ihn der Gerichtshof zu vier Jahren schweren Kerker. Man fragt sich, ob nicht diese zweite Tat durch eine eingehende Untersuchung des Geisteszustandes des Angeklagten, als er den ersten Totschlag vor vier Jahren beging, hätte verhindert werden können? Wieviele Menschen, die sich im bürgerlichen Leben sehr gut behaupten, befinden sich auf eine solche Weise von Feinden, weil sie sich mißliebige machten, in unseren Arrenhäusern, wieviele Leute, die „auffallend“ sind und nachweislich für ihre Umgebung eine ständige Bedrohung bilden, befinden sich dagegen auf freiem Fuße!

## Urteil gegen die Döbelbände.

M. Pitra, 20. September. Gestern um 11 Uhr nachts wurde das Urteil gegen die Räuberbände Döbel, welche die dortige Gegend unsicher machte, gefällt. Döbel erhielt fünf Jahre, Stenel wurde wegen Raubmordes zum Tode durch den Strang verurteilt, Snopel erhielt sechs Jahre, Krenat fünf Jahre, Honez fünf Jahre schweren Kerkers.

# Literatur.

## Sammlung der Schul-, Lehrer- und Beamtengeetze von Otto Ratschinka.

Zeit dem Jahre 1921 gibt der Deutsche Lehrerbund alljährlich eine Gesetzesammlung heraus, die nicht nur alle die verschiedenen Kategorien von Lehranstalten betreffenden Vorschriften, sondern vor allem auch sämtliche Gesetze, Verordnungen und Erlässe enthält, die sich auf die Rechtsverhältnisse der Staatsbeamten und Lehrer beziehen. Macht es dieser Umstand mit Rücksicht darauf, daß ein ähnliches Werk in deutscher Sprache nicht besteht, allein schon zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für die Lehrer, die Schulbehörden und alle Beamten und Funktionäre, die sozusagen berufsmäßig mit Schul-, Lehrer- und Beamtenangelegenheiten zu tun haben, so wird der Wert des Buches noch dadurch erhöht, daß ihm auch eine lückenlose Sammlung der Erkenntnisse des Obersten Verwaltungserichtes angefügt ist, soweit diese Fragen des Schulwesens, des Lehrer- und Beamtenrechtes betreffen. In eingehender Weise wird darin die Judikatur des Obersten Verwaltungsgerichtes in Prag auf allen diesen Gebieten seit seiner Errichtung dargestellt. Aber auch alle auf die formelle Seite des Beschwerdeverfahrens sich beziehenden Erkenntnisse sind in übersichtlicher Weise und systematisch geordneter Zusammenstellung darin enthalten. Ein gleiches oder auch nur annähernd gleichwertiges Buch existiert in der Tschech. Republik weder in deutscher noch in tschechischer Sprache. Das Werk ist daher für die Verwaltungsbeamten und die Verursacherten ebenso wichtig, wie für die Schulkollegen, die Beamten und Lehrer. Im Juni d. J. ist der V. Band — umfassend die Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen aus dem Jahre 1925 erschienen und gegenwärtig befindet sich der VI. Band mit den Normen und Erkenntnissen aus dem Jahre 1926 im Druck. Im Band V ist von besonderer Wichtigkeit die Zusammenstellung der Bestimmungen zur Durchführung des Kleinen Schulgesetzes, das Gesetz über die Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten und eine Reihe von Bestimmungen betreffend die Durchführung der Beamtengeetze vom Dezember 1924. Der Band VI enthält neben den neuen Beamten- und Lehrergesetzen eine erschöpfende Zusammenstellung aller bis Ende 1926 zu diesen Gesetzen erlassenen Durchführungsbestimmungen und was das Buch für die Lehrer besonders wichtig macht, die Dienstpragmatik der Staatslehrpersonen, die durch § 17 des Gesetzes Nr. 103/26 auch für die Lehrer der Volks- und Bürgerhörschulen in Geltung gesetzt worden ist. Auch der noch nirgends veröffentlichte Vertrag zu Rom, durch den die Ansprüche auf Ruhe- und Versorgungsgeld jener Staatsbeamten geregelt worden sind, die durch die geänderten staatlichen Verhältnisse ihrer bisherigen Staatszugehörigkeit und dadurch auch den Pensionen verloren haben, ist im Band VI enthalten, ebenso eine Zusammenstellung aller die Krankenversicherung der öffentlichen Beamten betreffenden Durchführungsbestimmungen. Von Band V ist noch eine Anzahl von Exemplaren vorrätig. Nach Band VI aber dürfte infolge seiner großen Aktualität eine derartige Nachfrage sein, daß er voraussichtlich nach seinem Erscheinen vergriffen sein wird. Es empfiehlt sich daher, das Buch schon jetzt zu bestellen, um sich dessen Bezug zu sichern. Bestellungen wollen gerichtet werden an die Verlagsbuchhandlung des Lehrerbundes, Reichenberg, Turnerstraße 33.

Bemerkenswert ist, daß von den Bänden I, III und IV noch einzelne Exemplare erhältlich sind, während Band II vollständig ausverkauft ist.

**U. v. Aster: Die Französische Revolution in der Entwicklung ihrer politischen Ideen.** Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber in Leipzig. Neben den vielen Werken über die große französische Revolution, dieses für die Geschichte des europäischen Bürgerturns entscheidenden Ereignisses, kann Asters Darstellung sehr wohl bestehen. Es ist ein hohes Lob für das Buch, wenn man mit gutem Gewissen sagen kann, daß es in der Masse von Büchern, die über die französische Revolution geschrieben wurden, eine Lücke ausfüllt. Die Eigenart des Buches besteht nämlich darin, daß es die Entwicklung politischer Ideen vom Liberalismus über die Demokratie zu den Anfängen des Sozialismus darstellt und so bis zu einem gewissen Grade politische Aktualität erhält. Der Historiker wird daraus manches neue erfahren, der Politiker wertvolle Anregungen schöpfen und jeder, der nach Allgemeinbildung strebt, den dramatischen Ablauf der Geschichte der Revolution von 1789 bis 1793 mit Genieß verfolgen.

**Die „Neue Gemeinde“,** Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik, erscheint am 2. und 16. jeden Monats. Bezugspreis: vierteljährlich K 4.50, ganzjährig K 18.—. Redaktion: Aussia, Dr. Löschnerstraße 12. Verwaltung: Prag II, Melanztla 18/11. Die Nummer 18 vom 16. September bringt folgende Artikel: „Die Arbeit einer kleinen Gemeinde“, mit dem gezeigt wird, wie es unter den bisherigen Verhältnissen auch einer kleinen Gemeinde möglich war, unter sozialdemokratischer Verwaltung Hervorragendes zu leisten, welche Leistungen nimmere durch das Gemeindefinanzgesetz unmöglich werden. „Die Gebädesteuer“ von Bruno Schwab, Bescheidl. „Das Recht empfinden und die Bodenfrage“. Die Rubrik „Rundschau“ bringt eine Reihe für praktische Gemeindepolitiker wertvolle Notizen. In der „Auskunftssuche“ wird vor allem die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein altzeitiger Beschluß in der Gemeindevertretung zustande kommt, sehr ausführlich unter Hinweis auf die Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtshofes erläutert. Weiter bringt die Auskunftssuche eine Klärstellung über die Haftung für Gemeindeabgaben und über das Heimatrecht unehelicher Kinder.

# Aus der Partei.

## Jugendbewegung.

S. J. Prag. Heute, Mittwoch, um halb 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter, Monatsversammlung. Wir erziehen, pünktlich zu kommen.

# Der Film.

**Urania-Rino in Prag.** — Ein Rutscher nach Paris. Der Film hat keine rechte Handlung, sondern zeigt im Rahmen einer banalen Gattenbeziehung — eine Revue der Folies Bergères in Paris. Das ganze Programm dieses weitbekannteren Vergnügungslokales der oberen Zehntausend bekommt man da in kolorierten Bildern vorgelegt, die anfangs überaus fesseln, aber später durch ihre Länge langweilig und ermüdend wirken, da man trotz der wechselnden Farben und Szenen eigentlich immer und immer wieder das gleiche zu sehen bekommt. Die Hauptattraktion ist natürlich die Regier-Tänzerin Josephine Baker in ihren Original-Regier-Rakettentänzen, die jedenfalls das Interesse der Allgemeinheit für sich beanspruchen können. Die Rahmenhandlung selbst ist sinnlos, die Bilder aus den Folies Bergères zeigen dem Zuschauer wenigstens im Filme das, was er im Leben wahrscheinlich nie zu sehen bekommen wird und was heute ein Vorrecht der besitzenden Klassen ist.

**Der Patriot als Film.** Die Paramount hat das Schauspiel „Der Patriot“ von Alfred Newman, das in Berlin einen großen Bühnenerfolg errang, zur Verfilmung erworben. Emil Jannings wird in dem Film die Rolle des Jaren Paul spielen. Die Regie führt Ernst Lubitsch.

**Das gefährliche Alter,** das bekannte Werk von Karin Michaelis, wird in Berlin vom Deutschen Lichtspiel-Theater verfilmt. Die Regie führt Eugen Mühs, in Hauptrollen sind beschäftigt: Asta

# Turnen und Sport.

## Der bürgerliche Sport demonstriert.

Der bürgerliche Sport hatte am Sonntag in Prag seinen großen Tag. Groß schon deshalb, weil man der breiten Öffentlichkeit zu zeigen gewillt war, daß die bürgerliche Sportvereine nicht nur Existenzberechtigung hat, sondern daß für deren weitere Entwicklung sogar etwas, — nein mehr getan werden soll, als bisher der Fall war. Die bürgerlichen Sportler, fordern, daß ihnen ausreichende Möglichkeiten geboten werden, ihren Sportbetrieb auf Flächen ausüben zu können, sie fordern ein Nationalstadion und zuguterletzt — und das ist ihre Hauptforderung — die Anhebung der Besteuerung ihrer Wettspielerinnahmen und sie sind gar nicht so unbedenklich, wenn sie daran den schuldigen Wunsch knüpfen, daß statt dem bürgerlichen Sport zu nehmen, noch Subventionen zu gewöhnen seien. Das ist jedenfalls mehr wie bescheiden. Die bürgerliche Sportbewegung in diesem Staate wie auch anderswo, bietet aber ganz und gar nicht die Gewähr, daß „ihre“ Sportbetriebe für die Allgemeinheit ein Vorteil und vom Nutzen für das Volk, für die Masse wäre. Ihre Gebahrung in allen von ihr ausgeübten und gepflegten Sportarten hat im Laufe der Jahre eine solche große Wandlung durchgemacht, daß man mit Blindheit und Borniertheit geschlagen sein müßte, wenn man nicht erkennen würde, daß dieser bürgerliche Sport nichts für die große Masse der Bevölkerung übrig hat, als das, daß diese mit dazu beiträgt, die Kononen- und sinnlose Rekordjagd noch in einem größeren Maßstabe „pflegen“ zu können. Und dieser Demonstrationstag der bürgerlichen Sportbewegung am Sonntag in Prag hat das nicht deutlicher zeigen können, daß die bürgerlichen Sportler nur im Interesse des Mammons und ihrer privatkapitalistischen Einstellung halber auf die Straße gingen und dieser Spaziergang hat ihnen wohl den deutschen Beweis vor Augen geführt, daß die Bevölkerung für ihre Zwecke nicht zu haben ist! Denn so kühl und so teilnahmslos — trotz der großen Spalier eines neuerlichen Publikums — wurde in Prag noch kein Demonstrationstag empfangen. Die Sportvereine, die sich an dieser Demonstration beteiligten, stammten zum Großteil aus Prag und Umgebung, aber auch aus der tschechischen Provinz waren solche anwesend, darunter einige sogenannte Minoritäts- oder besser gesagt Trupvereine, die alles andere eher auf ihre Fahne geschrieben haben als das Motto „Durch Sport zur Gesundheit“. Die bürgerlichen Vereine flagen und schreiben, daß sie durch Steuern und andere Abgaben zugrunde gerichtet werden. Das scheint aber nicht das allergrößte Uebel zu sein. Vielmehr jenes, daß in Orten wie z. B. Klado mehr wie 5 Klubs um die Gunst des Publikums werden, oder der Prager Bezirk Zizkov, der über 20 Sportvereine beherbergt und die alle ihre Existenz wahren wollen. In solchen Fällen würden aber auch die schönsten und fettesten Subventionen diese Vereine aus ihrer Schlamassel in der sie sich befinden, nicht heraushelfen. Der Amateurport der bürgerlichen Bewegung hätte erst einmal den Beweis zu erbringen, daß er nichts für sich, d. h. keine Bezahlung an Spieler leistet, sondern alles, was er durch Einnahmen erhebt, wieder für Zwecke der Körperkultur der großen Allgemeinheit zugänglich macht, d. h. daß einem jeden Menschen die Möglichkeit der Ausübung einer ihm zuträglichen Sportart gewährleistet wird. Das kann der bürgerliche Sport nicht. Massensport ist ihm fremd. Aber Sport für die Massen, das kennt er und weiß es auch gehörig auszunützen um mit dem solcherart „erwonnenen“ Geldern bessere Geschäfte inbezug Engagements von Stars, Rekord- und Rekordsporllern gegenüber den anderen Vereinen zu tätigen. Im Zuge bemerkte man serner eine große Anzahl von Werksportvereinen. Diese Vereine haben sich ja nicht aus Liebe

Kielsen, Bernhard Goetze, Maria Paudler und Trude Hesterberg.

**Aus Amerika.** Amerika hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres rund 35 Millionen Filmreel exportiert. Amerika hat dadurch etwa 115 Millionen Dollar eingenommen.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Georg Schicht A.-G. in Aussia zeigt auf Stand Nr. 320 in instruktiver Weise die Verwendung ihres Ceres-Speisefettes und ihrer Bisan-Milchmargarine beim Zubereiten wohlsmekender Mehlspeisen. Kein Wunder, wenn der Stand von alten und neuen Freunden dieser weit verbreiteten Ware ständig umlagert ist, wozu nicht wenig die zugleich farbenfrohe und saubere Aufmachung und der lustige „Schichtloch“ beitragen. 5068

# Kunst und Wissen.

Jan Rubelk bringt in seinem einzigen Konzerte in Prag am 5. Oktober unter anderem sein Violin-konzert V. Dur, Bachs Sonate D-Moll, Sarasates Carmen-Phantasie, Paganini usw. Karten im Vorverkauf.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Mittwoch (23—2), 7 1/2 Uhr: „Gyges und sein Ring.“ Donnerstag (23—3), 7 Uhr: „Wildschütz.“ Freitag, halb 8 Uhr: „Stiefmama.“ Samstag (23—1), 8 Uhr: „Gräfin Mariza.“ Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Elektra.“ 7 Uhr: „Walzertraum.“ Montag (23—4), 7 1/2 Uhr: „Gyges und sein Ring.“

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Mittwoch „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung.“ Donnerstag: „Ein besserer Herr.“ Freitag: „Seidenstrümpfe.“ Samstag: „Dunburn.“ Sonntag, 3 Uhr: „Seidenstrümpfe.“ 7 1/2 Uhr: „Meine entzückende Frau.“

zum Sport gebildet, sondern sind durch die Patronanz der Firma, deren Namen sie tragen, nichts weiter, als unausgefüllte ausgebeutete Arbeiter, die außer der Fron in Fabrik, Kontor, Verkaufsbüro usw. ihre Freizeit und ihre wieder frisch gestählten Körper und Nerven zur weiteren Benützung in den Dienst der Firma stellen und eine billige Kasse abgeben. Hier wäre noch große Aufklärungsarbeit zu leisten und es erwächst der Arbeiter-Sportbewegung eine große Pflicht daraus, diese Werksportvereine aus der bürgerlichen Bewegung herauszuführen und deren Mitglieder zu freien Sportlern zu erziehen. Unter den vielen anderen Sportarten war auch der Hockey-Club und der Trabrenn-Verein mit dabei. Was diese beiden Einrichtungen einer geldbergendenden Menschenschicht hier zu demonstrieren hatten? Auch sie fühlen sich von der Steuer-schraube bedrängt, und da zogen sie eben mit auf die Gasse, um dann noch mehr zu verdienen zu können, denn in ihren Kreisen ist das „Verdienen“ oberstes Gebot. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Walter-Automobilwerke auch diese Demonstration sich zunutze machten, um mit einem Auto, das eine lange Fahrt hinter sich hatte, für ihre Erzeugnisse Reklame zu betreiben. Die deutschen bürgerlichen Sportvereine waren fast gar nicht anwesend und wurden nur durch die vier deutschen Prager Vereine (DFV, Sportbrüder, Sturm und TSG) „repräsentiert“. Alles in allem eine ziemlich verunglückte Demonstration der bürgerlichen Sportbewegung, trotzdem sie und die ihr ergebene Presse einen großen Erfolg wie bei so vielen anderen Anlässen in die Welt hinausposaunt haben. Der Demonstrationstag dauerte eine Stunde und bewegte sich in einem Schnecken-tempo, trotz der vielen Musikkapellen, die das einzige lebende Element bei der „großen“ Kundgebung waren, an der sich kaum 10.000 aktive Sportler und Sportlerinnen beteiligten. — H. (Aus Versehen blieb diese Notiz aus der Dienstag-Nummer zurück. Die Red.)

## Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



## Nordböhmische Druck- u. Verlags-Anstalt Gärner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerel, Stereotypie, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Lezelsleistung von 300.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen, Fernsprechnr. 271, Postsparkassa Nr. 12 7863.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eisch. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Abteilungs-Gesellschaft in Prag für den Druck verantwortl.: Otto Gollh. Prag. Die Zeitungsmarkenfälschung wurde von der Post- u. Telegraphen-direktion mit Besch. Nr. 127.651/VII/27 am 14. Mai 1927 bewilligt.